

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847

75 (18.9.1847)

wenig können wir es gerecht finden, wenn das Loos bestimmt, wer zur Vertheidigung des Vaterlandes die Waffen tragen soll. Von dem menschenmäckelnden Freikaufen durch Einsteller wollen wir gar nicht reden. — Gestützt auf diese Gründe bitten wir: Die zweite Kammer wolle den Antrag stellen: daß die Großherzogl. Regierung baldigst einen Gesetzentwurf für ein geeignetes Landwehrsystem vorlegen möge. — Sollte dies als nicht zeitgemäß oder nicht ausführbar abgelehnt werden, so möge zugleich erklärt werden, wer die Verantwortung übernimmt, wenn das Land verheert wird, ohne sich vertheidigen zu können. (Die Vorlage eines Landwehrgesetzes ist wiederholt angekündigt worden, aber nicht erfolgt; die Schwierigkeiten müssen sehr groß sein.) —

2) Die Herstellung und Unterhaltung der Vizinalwege betreffend. Unter den vielen Lasten, welche die Gemeinden zu tragen haben, ist die Herstellung und Unterhaltung der Vizinalwege eine der drückendsten und oft am ungleichsten vertheilt; sie ist eine öffentliche Last, weil sie durch das Gesetz geboten und für den öffentlichen Verkehr unentbehrlich ist. Die Ungleichheit der Vertheilung beruht darauf, daß oft kleinere Gemeinden größere Strecken herstellen müssen, weil sie so gelegen sind, daß die Bewohner anderer Orte ihren Weg durch den kleineren Ort, oder dessen Gemarkung nehmen müssen, um in den Amtsort auf die Hauptstraße u. s. w. zu gelangen, während namentlich jene Orte in dieser Hinsicht sehr begünstigt sind, durch welche die Landstraßen ziehen, die dann zugleich als Vizinalwege dienen, nicht nur keine Kosten verursachen, sondern auch durch den lebhafteren Verkehr manche Vortheile bringen und der ärmeren Klasse Gelegenheit zum Verdienst aus der Staatskasse bieten. Eine weitere Ungleichheit beruht auf der Beschaffenheit des Bodens. Bei geringer Güte des Bodens ist eine größere Fläche und ein kostspieligerer Anbau nöthig, um eine gewisse Anzahl Menschen zu ernähren. Die Gemeinden, welche minder fruchtbare Felder besitzen, haben daher auch bei geringerem Ertrage und größerem Aufwande für den Bau, eine längere Strecke Vizinalwege zu bestreiten, als die Gemeinden in fruchtbaren Gegenden. — Ein weiterer Uebelstand des bisherigen Verfahrens besteht darin, daß ungeachtet der großen Leistungen an Geld und Gemeindediensten die Vizinalwege nicht so hergestellt werden, wie sie sein sollten, indem die wenigsten Gemeinden Sachverständige haben, welche im Stande wären, die Ausgaben in der zweckmäßigsten Weise zu verwenden. In unserem Bezirke (Bonndorf) kommt der Gehalt für einen Vizinalstraßenknecht durchschnittlich auf 1 Kreuzer und darüber von 100 fl. Steuerkapital; dazu die Kosten für den Bezirksweginspektor, Augenscheine u. dergl., endlich die Ausgaben für die Arbeiten, entweder in Geld, wo sie ver steigert, oder an Arbeit, wo sie frohndweise gemacht werden, dies Alles zusammen bildet eine bedeutende Last für eine Gemeinde, welche besonders hart auf kleinere Gemeinden in minder fruchtbaren Gegenden drückt. —

Aus diesen Gründen sind wir der Ansicht, daß die Herstellung und Unterhaltung aller Vizinalwege vom Staate übernommen und durch die Wasser- und Straßenbauinspektion mit Vermehrung des unteren Personals (ohne Staatsdieneigenschaft) besorgt, und zur Deckung des Aufwandes eine Steuer als Beitrag zu einer öffentlichen Last, gleichmäßig umgelegt werden sollte.

Die Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit dieses Antrags wird

sich ergeben, wenn die hohe Regierung erheben läßt, wie groß die Morgenzahl und das Steuerkapital, die Strecke der Vizinalwege und der Aufwand dafür in jeder Gemeinde ist. Es wird daraus hervorgehen, daß die Kosten der mangelhaften Vizinalwege verhältnismäßig viel bedeutender sind, als für unsere guten Landstraßen; daß ferner die Gemeinden mit großer Morgenzahl und kleinen Steuerkapitalien (also mit geringem Boden) im Verhältniß größere Wegstrecken haben, als jene mit kleiner Morgenzahl und großem Steuerkapital.

Durch die Uebertragung der Sorge für die Vizinalstraßen von den Aemtern, welche jetzt die Oberaufsicht, und den Bürgermeistern, welche die Ausführung zu besorgen haben, an die Wasser- und Straßenbauinspektionen, geht das Geschäft an die sachverständige Behörde über, was sicher das Natürlichste ist. Die Aemter werden der vielen Arbeit und Schreiberei überhoben. Aus diesen Gründen ersuchen wir die zweite Kammer, an die Großh. Regierung den Antrag zu stellen:

daß ein Gesetzentwurf über Herstellung und Unterhaltung der Vizinalwege in der bezeichneten Richtung zur Verathung vorgelegt werde.

Mannheim, 16. September. Hier umlaufenden Gerüchten zu Folge hätte die Bundesversammlung zum Schlusse ihrer Verathungen über die Presse, auf den Antrag von Bayern und Baden die Unterdrückung der Mannheimer Abendzeitung und des Deutschen Zuschauers beschlossen und es stehe die Bekanntmachung des Verbotes nahe bevor. So vorsichtig wir in der Mittheilung bloßer Gerüchte zu sein pflegen, glauben wir doch hier eine Ausnahme machen zu sollen, schon aus dem Grunde, damit Anlaß zur Berichtigung gegeben ist. Das Gerücht scheint uns, wenn auch nicht gerade unglücklich, doch unwahrscheinlich, und von den Feinden der bestehenden Ordnung der Dinge erfunden; Zeitungsverbote, als Ergebnis einer Verathung, von der Viele eine bessere Gestaltung der Dinge erwarteten, Unterdrückung censurirter Blätter, als Antwort auf das allgemeine Verlangen nach der bundesverfassungsmäßigen Pressfreiheit, — das wäre eine Maßregel, die am Ende auch das stärkste Hoffnungstalent und das unverstümpelteste Vertrauen zur Verzweiflung bringen könnte. Die Versammlung, welche letzten Sonntag in Offenburg statt fand, war, nach einstimmigen Berichten, von Theilnehmern zahlreich besucht, vom besten Geiste beseelt, und bei aller Entschiedenheit der ausgesprochenen Ansichten und Grundzüge, durchaus würdig und gefällig gehalten. Anders freilich lauten die Berichte einiger Herren, die von Mannheim aus als Beobachter gesendet waren, und im Morgenblatte die schwere Anklage, Aufruhr und Umsturz gepredigt zu haben, gegen einzelne Redner erheben. Wir erfahren, daß die in solcher Weise Angeschuldigten bei Gericht Klage erhoben haben. Die in der Versammlung zu Offenburg angenommene Erklärung, welche ganz constitutionell ist und keinen Artikel enthält, — etwa den letzten, ganz allgemein gefaßten, angenommenen, — der nicht schon Gegenstand von Kammerverhandlungen gewesen wäre, lautet, wie folgt:

Die Forderungen des Volkes in Baden.

I. Wiederherstellung unserer verletzten Verfassung. Art. 1. Wir verlangen, daß sich unsere Staatsregierung lossage von den Karlsbader Beschlüssen vom Jahr 1819, von

den Frankfurter Beschlüssen von 1831 und 1832 und von den Wiener Beschlüssen von 1834. Diese Beschlüsse verletzen gleichmäßig unsere unveräußerlichen Menschenrechte wie die deutsche Bundesacte und unsere Landesverfassung.

Art. 2. Wir verlangen Pressfreiheit; das unveräußerliche Recht des menschlichen Geistes seine Gedanken unverstümmelt mitzutheilen, darf uns nicht länger vorenthalten werden.

Art. 3. Wir verlangen Gewissens- und Lehrfreiheit. Die Beziehungen des Menschen zu seinem Gotte gehören seinem innersten Wesen an, und keine äußere Gewalt darf sich anmaßen, sie nach ihrem Gutdünken zu bestimmen. Jedes Glaubensbekenntniß hat daher Anspruch auf gleiche Berechtigung im Staate.

Keine Gewalt dränge sich mehr zwischen Lehrer und Lernende. Den Unterricht scheidet keine Confession.

Art. 4. Wir verlangen Vereidigung des Militärs auf die Verfassung.

Der Bürger, welchem der Staat die Waffen in die Hand gibt, bekräftigt gleich den übrigen Bürgern durch einen Eid seine Verfassungstreue.

Art. 5. Wir verlangen persönliche Freiheit.

Die Polizei höre auf, den Bürger zu bevormunden und zu quälen. Das Vereinsrecht, ein freies Gemeindeleben, das Recht des Volks sich zu versammeln und zu reden, das Recht des Einzelnen sich zu ernähren, sich zu bewegen und auf dem Boden des deutschen Vaterlandes frei zu verkehren — seien hinfüro ungestört.

II. Entwicklung unserer Verfassung.

Art. 6. Wir verlangen Vertretung des Volks beim deutschen Bunde.

Dem Deutschen werde ein Vaterland und eine Stimme in dessen Angelegenheiten. Gerechtigkeit und Freiheit im Innern, eine feste Stellung dem Auslande gegenüber gebühren uns als Nation.

Art. 7. Wir verlangen eine volksthümliche Wehrverfassung. Der waffengeübte und bewaffnete Bürger kann allein den Staat schützen.

Man gebe dem Volke Waffen und nehme von ihm die unerschwingliche Last, welche die stehenden Heere ihm auferlegen.

Art. 8. Wir verlangen eine gerechte Besteuerung.

Jeder trage zu den Lasten des Staates nach Kräften bei. An die Stelle der bisherigen Besteuerung trete eine progressive Einkommensteuer.

Art. 9. Wir verlangen, daß die Bildung durch Unterricht Allen gleich zugänglich werde.

Die Mittel dazu hat die Gesamtheit in gerechter Verteilung aufzubringen.

Art. 10. Wir verlangen Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Capital.

Die Gesellschaft ist schuldig die Arbeit zu heben und zu schützen.

Art. 11. Wir verlangen Gesetze, welche freier Bürger würdig sind und deren Anwendung durch Geschworenengerichte.

Der Bürger werde von dem Bürger gerichtet. Die Gerechtigkeitspflege sei Sache des Volkes.

Art. 12. Wir verlangen eine volksthümliche Staatsverwaltung.

Das frische Leben eines Volkes bedarf freier Organe. Nicht aus der Schreibstube lassen sich seine Kräfte regeln und bestim-

men. An die Stelle der Vielregierung der Beamten trete die Selbstregierung des Volkes.

Art. 13. Wir verlangen Abschaffung aller Vorrechte. Jedem sei die Achtung freier Mitbürger einziger Vorzug und Lohn.

Verschiedenes.

— An der englischen Küste, unweit Durness, ist ein Auswandererschiff, der Dreimaster Kanton von Hull, mit Mann und Maus untergegangen; 300 Menschen haben dabei das Leben verloren.

— Das Lager der päpstlichen Truppen bei Forli besteht aus 5000 Mann, soll aber noch bedeutend verstärkt werden. Sardinien und Neapel haben dem Papst für den Fall eines Angriffs ihre Hülfe zugesagt. Dem französischen Botschafter dagegen soll auf ein ähnliches Anerbieten ablehnend geantwortet worden sein. Kardinal Ferretti, welcher die Diplomatie durch seine Aufrichtigkeit in Verlegenheit setzt, soll ihm erklärt haben: der Papst habe den Franzosen nie recht getraut, und sei darin durch ihr Benehmen im Juli, bei den Drohungen Desreichts, noch bestärkt worden. Er lehne daher das Anerbieten um so mehr ab, als er glaube, daß Frankreich mit Desreichts in geheimem Einverständnis stehe. So berichtet ein legitimistisches Pariser Blatt. Aus Italien erfährt man, daß die österreichischen Truppen in Ferrara sich allmählig vermindern.

— Die Bankrotte englischer Fruchthändler sollen sich nach einem Handelsblatt nahe an 5 Millionen Pf. St. (weit über 50 Millionen Gulden) belaufen.

— Die lebhafteste Straße St. Honoré in Paris ist seit vier Tagen jeden Abend von einer Menge Menschen gesperrt, welche an dem Hause eines Schusters die Fenster betrachten, die von Arbeitern, denen der Meister den bedungenen Lohn nicht zahlte, zerschlagen worden sind. Militär und Polizei fahren mit Kolben und Prügeln unter die Leute und verhaften Hunderte, ohne daß hierdurch der Zusammenlauf aufgehört hätte. Nicht einmal der Regen vertrieb die Menge.

— In Lissabon ist ein neues Ministerium unter dem Einfluß des Marschalls Saldanha (eigentlich der Engländer) zu Stande gekommen; dasselbe besteht aus vier Offizieren und zwei anderen Staatsmännern, hat also ein sehr martialisches Ansehen, gleicht aber seinen Vorgängern darin, daß es sehr viel verspricht.

— Der Antrag Preußens bei der Rheinschiffahrtscommission in Mainz soll dahin gehen, alle Tariffäge des Rheinvoctroi auf die Hälfte zu ermäßigen. Man erwartet, daß alle Uferstaaten zustimmen werden. — Die Recognitionsgebühren von allen Güter- und Schleppeampfschiffen, welche den Rhein und die Waal leer passiren, soll vom 1. October an nicht mehr erhoben werden.

— Nach Brüsseler Blättern soll der französische Deputirte Combarel de Leyval seine Frau vergiftet und sich der Verfolgung durch die Flucht entzogen haben, nachdem Außerungen seiner Dienerschaft den Verdacht geweckt hatten. — Die belgischen Blätter, welche manche Berichte über pariser Scandale bringen, welche in der französischen Presse nicht erscheinen, werden in Frankreich häufig mit Beschlag belegt, unter dem Vorgeben, daß sie die Feuilletons der Pariser Zeit-

tungen nachdrucken. Früher war ihnen dies nachgesehen worden.

— Die Sendung des Generals Narvaez nach Madrid hat ihren Zweck nicht erreicht. Der König will sich nicht versöhnen. Serrano will nicht weichen, der Minister Pacheco will nicht bleiben, die Königin betrachtet Narvaez als das Werkzeug einer in Paris gegen sie angesponnenen Verschwörung.

— Ein katholischer Priester, Uhlasz aus Böhmen, hatte erklärt, daß er zur reformirten Kirche übertreten wolle. Er wurde in eine geistliche Correktionsanstalt auf den Grabschinn zu Prag gebracht, entfloß jedoch seinen Peinigern und kam nach Dresden. Dort war schon das Gesuch, ihn mit möglichster Schonung nach Prag zu liefern, eingetroffen. Uhlasz aber hat dem König ein Gesuch eingereicht, er möge sich seiner erbarmen und ihn als Unterthan annehmen.

— H. v. Ostrowski, Angeklagter in dem Polenprozeß zu Berlin, ist auf Antrag seines Vertheidigers in Freiheit gesetzt worden, weil die gegen ihn erhobenen Anklagen nicht genügend waren, ihn länger in Haft zu halten.

— An dem Reformbankett in Straßburg (5. Septbr.) nahmen gegen 700 Bürger Theil. Der Zweck war eine Protestation gegen die Verderbnis in der Verwaltung und eine Kundgebung des Verlangens nach der Wahlreform, um auf gesetzlichem Wege Besserung zu erlangen. Ein Redner bemerkte, daß jetzt die Gesetze und die Steuern von einer Beamtenmehrheit votirt werden, welche mit dem einen Fuße auf der Rednerbühne, mit dem andern in der Staatskasse stehen. Sämmtliche Theilnehmer unterzeichneten eine Petition für die Wahlreform.

— Die Frankfurter D. P. A. Zeitung berichtet, daß die Einladung von Preußen an die deutschen Regierungen zu einer Konferenz über ein allgemeines deutsches Wechselrecht von allen bereitwillig angenommen worden sei, — mit Ausnahme von Bayern. Warum sich Bayern weigere, wird nicht gesagt.

— Nach langen Unterhandlungen soll der Vertrag zwischen Rußland und dem Papste über die Verhältnisse der Katholiken im russischen Reiche abgeschlossen worden sein. Rußland nähert sich, wie Oestreich sich feindselig zeigt.

— Das neue spanische Ministerium hat allen politischen Flüchtlingen ohne Ausnahme die Rückkehr in das Vaterland gestattet und die Untersuchungen gegen dieselben niedergeschlagen. Die Karlisten dürfen jedoch nicht in den Provinzen wohnen, in welchen ihre Partei den Aufruhr schürt. Vermuthlich wird Espartero bald wieder an der Spitze der Geschäfte in Madrid stehen. Er ist bereits in alle Ehren und Würden wieder eingesetzt und zum Senator ernannt.

— In amerikanischen Blättern wird mit Vorliebe der Plan besprochen, die Insel Kuba den Spaniern abzukaufen. Vor der englischen Einsprache scheinen sich die Yankee's nicht zu fürchten.

— Zwei württembergische ministerielle Abgeordnete haben ihre Stellen niedergelegt, H. Obertribunalrath v. G e g e und H. Regierungsdirektor v. Mosthaf. Letzterer wegen Altersschwäche, Ersterer wegen fehlerhafter Wahl, um sich wieder wählen zu lassen, ohne eine Beanstandung zu befürchten.

— Das Stadtgericht zu Berlin hat von dem Judengesetz vom 23. Juli zuerst Gebrauch gemacht, indem es in seinen Bureaus einen Juden anstellte, der auch bereits als königl. Beamter verpflichtet ist.

— In Leipzig und Dresden ist am 4. September der Jahrestag der Verfassung von 1831 gefeiert worden. In Leipzig wurde auf ein freies Deutschland und ein deutsches Parlament — getrunken; doch wurden auch für Steinackers Hinterbliebene 88 Thaler gesammelt.

— Bei einer Preisausheilung in Genua verließen die Jesuiten die Kirche, als der Lobgesang auf Pius IX. angestimmt wurde; der Generalvikar, welcher die Preise vertheilte und den Preisträgern die Hand zum Kusse reichte, verweigerte die Hand einem Knaben, welcher einen Vortrag zum Lobe des Papstes gehalten hatte.

— Von 60,000 Einwanderern (Irländern), welche während des Frühjahrs und Sommers nach Kanada schifften, waren 5 bis 6000 auf der Ueberfahrt oder bald nach der Ankunft am Lande gestorben; nach den letzten Nachrichten dauerte das „Auswandererfieber“ immer noch fort.

— Der Beschluß des Stadtraths von Stuttgart, daß die Deutschkatholiken das Wahlrecht haben, ist von dem Stadtdirektor aufgehoben und der Rath angewiesen worden, die Deutschkatholiken zu diesen Rechten nicht mehr zuzulassen. Verfolgung um des Glaubens willen.

— Der Herzog von Lucca hat die Errichtung einer Bürgergarde zugegeben, und seinem Volke versprochen, alle möglichen Reformen einzuführen, die in Toscana der Ausföhrung entgegen stehen.

— Rossini ist Hauptmann der Bürgergarde in Bologna geworden. Er wird ohne Zweifel für gute Musik sorgen.

— In Palermo ist ein Complot entdeckt worden, welches bezweckte, die Insel Sicilien von Neapel unabhängig zu machen, und den Prinzen Karl von Capua zum König auszurufen. Zwei neapolitanische Artillerieoffiziere sind als betheiligigt verhaftet worden. — Der Aufstand in Calabrien wird von einer Menge kleiner Trupps geführt, welche überall hin Schrecken verbreiten; die Aufständischen haben eine Zeitung unter dem Titel: Bulletin der Armee von Calabrien.

— Als dem jetzigen Papste Jemand bemerkte: Italien habe die Form eines Stiefels, fügte er hinzu: so wollen wir ihm einen Sporn anschnallen.

— In Toscana ist, wie in Lucca, die Errichtung einer Bürgergarde bewilligt worden, worüber großer Jubel herrscht.

— Die Arbeiten an der bayerischen Süd-Nordbahn zwischen Kaufbeuren und Lindau und an der Westbahn gegen Württemberg sind vorläufig eingestellt. Nicht allein Geldmangel, sondern auch Unterhandlungen mit Württemberg sollen der Grund sein.

— Der Teraßverein, welcher die ihm zugesagten Ländereien durch Erfüllung der gestellten Bedingungen nun wirklich erworben, hat bei Ph. Mik. Schmidt in Frankfurt ein Lotterielehen abgeschlossen.

— In Newyork sind im Monat Juli 17,763 Einwanderer angekommen. Im Juli 1846 waren es 13,278, und 1845 nur 12,813. Die Zahl der vom 2. April bis 11. Juli aus fremden Häfen an der Quarantäne von Newyork eingetroffenen Passagiere war 98,314. — Zu New-York landeten in den vier Tagen vom 19. bis 22. Juli 1,335 Einwanderer in 5 Schiffen aus Havre und 3 aus Liverpool. Vom 1. August 1846 bis dahin 1847 sollen in St. Louis 932 neue Gebäude aufgeführt werden sein.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.